



# PRESS RELEASE

FACE: EUROPEAN FEDERATION OF ASSOCIATIONS FOR HUNTING & CONSERVATION

## **Politiker und Bürger kritisieren vorgeschlagene Überarbeitung der europäischen Feuerwaffenrichtlinie**

**Die Vorschläge der Europäischen Kommission sind „überstürzt“ und „inakzeptabel“. Zu diesem Fazit kommen MdEP bei ihrem gestrigen Treffen zur Erörterung der europäischen Feuerwaffenrichtlinie mit Bürgern, Jägern und Sportschützen.**

### **PRESEMITTEILUNG**

Brüssel, 2. März 2016 – Die Feuerwaffenrichtlinie hat gestern erneut für hitzige Diskussionen zwischen politischen Entscheidungsträgern und Bürgern gesorgt. Die von der Europäischen Kommission nur fünf Tage nach den tragischen Terroranschlägen in Paris im vergangenen November vorgelegten Vorschläge waren seitdem von verschiedenen Seiten aus angegriffen worden. Scharfe Kritik kam nicht nur von Seiten der unmittelbar an der legalen Nutzung von Feuerwaffen beteiligten Interessenvertreter, sondern auch von einer breiten Front an Mitgliedern des Europäischen Parlaments, welche ihre Zweifel über die Vorschläge zum Ausdruck brachten und auf Bereiche mit erheblichem Verbesserungsbedarf aufmerksam machten.

Wenngleich einige Punkte wie die bessere Nachverfolgung von Feuerwaffen und die optimalere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polizeikräften grundsätzlich als akzeptabel erachtet werden, kritisieren viele vor allem das Fehlen einer Folgenabschätzung. Hierdurch wird es unmöglich, abzuschätzen, wie sich diese Änderungsvorschläge auf kriminelle Handlungen, aber auch die legale Nutzung von Feuerwaffen auswirken werden.

Vertreter des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission sowie des Rats der EU diskutierten diese Thematik auf der von FACE (dem Zusammenschluss der Verbände für die Jagd und Wildtiererhaltung in der EU) mitorganisierten Konferenz. Zur Podiumsrunde gehörten **Vicky FORD**, MdEP und Berichterstatterin für die Feuerwaffenrichtlinie, **Tomasz HUSAK**, Kabinettschef der Kommissarin Bieńkowska (Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMEs), **Torbjörn LARSSON**, Vizepräsident, Nordic Hunters' Alliance, **Jürgen KOHLHEIM**, *European Shooting Confederation* sowie **Günther SABLATTNIG**, Berater für den EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung beim Rat der EU.

Konferenzleiter MdEP **Karl-Heinz FLORENZ** und Vorsitzender der Parlamentarischen Intergruppe Biodiversität, Jagd und Ländliche Aktivitäten griff das Thema auf: „Der Kommissionsvorschlag ist überstürzt und größtenteils mit heißer Nadel gestrickt. Es besteht kein Zusammenhang zwischen dem legalen Besitz von zivilen Waffen, wie sie für die Jagd oder den Schießsport verwendet werden, und der Gefahr von terroristischen Attentaten. Rechtstreue Bürger in nationalstaatlich bereits ausreichend geregelten Bereichen mit unnötigen oder gar unverhältnismäßigen Einschränkungen zu behindern, welche keinerlei Sicherheitsgewinn bringen würden, halte ich für inakzeptabel.“ Fest steht, dass eine fehlende Folgenabschätzung

hinsichtlich der vorgeschlagenen Maßnahmen unverhältnismäßige Auswirkungen für legale Nutzer von Feuerwaffen nach sich ziehen könnte.

Zu den strittigsten Punkten gehört der Vorschlag für ein Verbot von Feuerwaffen aufgrund ihrer Ähnlichkeit mit Militärwaffen. Eine Begründung für diesen Schritt führt die Europäische Kommission allerdings nicht an. Es herrscht allerdings weitgehende Einigkeit darüber, dass eine Einschränkung der legalen Nutzung von Feuerwaffen keine Konsequenzen für den Schwarzmarkt nach sich ziehen würde, da sich legale und illegale Märkte nicht komplementär zueinander verhielten. Man zeigte sich ebenfalls darüber besorgt, dass Feuerwaffen, welche für die Olympische Disziplin des Sportschießen oder Weltmeisterschaften zum Einsatz kommen, auch als „Militärwaffen“ gelten könnten.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Mindestalter, der Aufbewahrung von Feuerwaffen, der zeitlichen begrenzten Gültigkeit von Lizenzen sowie zu den Gesundheitschecks wurden von den MdEP unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip zurückgewiesen, welches es den Mitgliedsländern ermöglicht, auf nationalstaatliche Erfordernisse zugeschnittene Gesetze zu verabschieden.

Bestehende, bereits von Ländern wie etwa Schweden etablierte und bewährte Verfahren zur Gewährleistung einer kontinuierlichen strengen Kontrolle der Behörden hinsichtlich der Veräußerung von Feuerwaffen im Fernabsatz, sprich dem Internet, machten ein entsprechendes Verbot unnötig. Die Europäische Kommission, so der Appell der MdEP, müsse Diskriminierungen gegenüber spezifischen Nutzergruppen wie Jägern und Sportschützen vermeiden. Hierdurch nämlich würden individuelle Besitzer von Feuerwaffen daran gehindert, diese online zu veräußern. Online-Verkäufe würden ansonsten doch durch die Politik der EU gefördert.

MdEP **Vicky FORD** drückte mit ihrem Hinweis, dass die Europäische Kommission nicht direkt auf die von ihrem Ausschuss gestellte Frage reagiert hatte, die Besorgnis vieler MdEP aus. Sie stellte fest, dass die Europäische Kommission zwar geplant hätte, die Interessen von Sportschützen und Jägern zu schützen, man diesen Plan jedoch nicht in dem jetzigen Wortlaut des Vorschlags wiederfände.

Herr **HUSAK** bekräftigte in seiner Erklärung die Absicht der Europäischen Kommission, die Sicherheit der Bürger zu verbessern. Hierzu wäre diese bereit, konstruktiv mit allen Interessenvertretern im Sinne einer gemeinsamen Lösungsfindung zusammenzuarbeiten. Sie wehre sich aber gegen die zahlreichen Vorwürfe, nach denen Jäger und Sportschützen das eigentliche Ziel der Restriktionen darstellten.

“Aus Sicht der Jäger, war es schockierend und erniedrigend, erfahren zu müssen, im Mittelpunkt der Debatte rund um den Terrorismus und den illegalen Handel mit Feuerwaffen zu stehen”, sagte **Torbjörn LARSSON**. „Jäger sind naturverbundene und gesetzestreue Bürger und haben eine große Freude daran, unsere Natur und ihre Ressourcen für die Generationen unserer Zukunft zu schützen. Wir veranstalten keinen Ärger. Ganz im Gegenteil: Jäger engagieren sich sowohl zeitlich als auch finanziell aktiv im Rahmen von Maßnahmen, welche der Gesellschaft unmittelbar zu Gute kommen. Hierzu gehört das Arten- und Habitat-Management, die Ortung von Wild nach Verkehrsunfällen, Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung und die Abschwächung der Einflüsse invasiver gebietsfremder Arten. Abgesehen von einigen nützlichen Verbesserungen zur Nachverfolgbarkeit von Feuerwaffen schein der Kommissionsvorschlag die Antwort auf ein nicht-existierendes Problem zu sein. Herr LARSSON erläuterte ebenfalls, wie sich ein Verbot halbautomatischer Gewehre negativ etwa auf gehandicapte oder weibliche Jäger auswirken und die Bejagung und Ortung bestimmter großer Wildarten einschränken würde.“

“Leider muss man die Vorschläge der Europäischen Kommission als ein gutes Beispiel für eine schlechte Rechtsetzung sehen“, stellte MdEP und stellvertretender Vorsitzender der Intergruppe Biodiversität, Jagd und Ländliche Aktivitäten **Bendt BENDTSEN** fest. „Wir haben es hier mit einem Fall von Symbolpolitik zu tun! Die vorgeschlagene Überarbeitung ist für den Kampf gegen den Terrorismus irrelevant und doch wurde uns dies als deren Hauptziel präsentiert. Stattdessen betrifft dieser Vorschlag nun viele Jäger und Sportschützen, die eigentlich nur ihrem Hobby nachgehen wollen. Es sind nicht die Jäger und Sportschützen, welche terroristische Handlungen in Europa begehen. Bei den terroristischen Anschlägen waren auch keine legalen, sondern ausschließlich illegale Feuerwaffen beteiligt“. Herr **BENDTSEN** stellte ebenfalls fest, dass es für Privatpersonen immer noch möglich sein sollte, legal Feuerwaffen untereinander handeln zu können. Mit diesem Vorschlag jedoch „schieße die Europäische Kommission mit Kanonen auf Spatzen“.

**#ENDE**

### **HINWEISE FÜR HERAUSGEBER:**

**FACE** ist der europäische Zusammenschluss der Verbände für die Jagd und Wildtiererhaltung. Seit seiner Gründung in 1977 **vertritt FACE** als internationale, nicht-gewinnorientierte Nichtregierungsorganisation die **Interessen von 7 Millionen Jägern in Europa**. FACE setzt sich aus seinen Mitgliedern, den nationalen Jagdvereinigungen aus 35 europäischen Ländern einschließlich der 28 Mitgliedsländer der EU, sowie 7 assoziierten Mitgliedern zusammen und unterhält seinen Sitz in Brüssel.

FACE ist das größte demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der Jäger weltweit. Seine satzungsmäßigen Gremien werden alle drei Jahre gewählt. Dabei erhält jedes bei FACE vertretene Land eine Stimme.

FACE folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Nutzung und gehört seit 1987 der Weltnaturschutzunion IUCN und seit kurzem auch Wetlands International an. FACE engagiert sich mit seinen Partnern für eine Vielzahl jagdrelevanter Belange zur Förderung der Jagd in Europa, welche von internationalen Umweltabkommen bis hin zu Umsetzungsmaßnahmen auf lokaler Ebene reichen. [www.face.eu](http://www.face.eu)

Die Feuerwaffenrichtlinie: Die Richtlinie des Rates 91/477/EWG vom 18. Juni 1991 über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Waffen in der geänderten Fassung der Richtlinie 2008/51 EG, ist das übergeordnete Rechtsinstrument zur Festlegung bestimmter Mindestbedingungen für den Erwerb, Besitz und Transfer ziviler Feuerwaffen innerhalb des Hoheitsgebiets der Europäischen Union. Die Feuerwaffenrichtlinie war im Rahmen der Vervollständigung des Binnenmarktes mit dem Ziel verabschiedet worden, den freien Verkehr legaler Feuerwaffen unter Berücksichtigung entsprechender Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten. Die Neufassung dieser Richtlinie in 2008 hatte sich zum Teil aus den internationalen Verpflichtungen der EU durch die Unterzeichnung des Protokolls der Vereinten Nationen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen und den unerlaubten Handel damit, ergeben.

Mehr hierzu auf [www.face.eu](http://www.face.eu)

**FÜR WEITERE INFORMATIONEN, INTERVIEWS UND WORTBEITRÄGE,  
KONTAKTIEREN SIE BITTE:**

Mayssa Vande Vyvre, Communication Officer, [mayssa.vandevyvre@face.eu](mailto:mayssa.vandevyvre@face.eu) T: +32 (0) 2 732 6900.